

Luschrift ist

Vorgelegt zum Zwecke der Zustellung

2 Km 2/49.

Aurich, den 8. April 1949

Der Oberstaatsanwalt

IM NAMEN DES RECHTS ^{I. V.} *H. v. Hönkemann*

Strafsache

gegen

1. den Landwirt Annhus W i n z e n b e r g in Bunde,
Boensterstr. 348, geb. am 4.12.1901 in Beschotenweg,
2. den Kaufmann Hann Johannes Hermann S c h r ö d e r
in Bunde, Kreuzstr. 88, geb. am 9.10.1910 in Bunde,
3. den Arbeiter Diedrich W i n z e n b e r g in Bunde,
Heenerstr. 370, geb. am 2.12.1898 in Beschotenweg,
4. den Landwirt Heilko F r e s e m a n n in Bunderhamerich,
Dorfstrasse, geb. am 21.2.1903 in Heinitzpolder,
5. den Schmied und Schlosser Ede V e e n h u i s , Bunde,
Kreuzstr. 253, geb. am 12.8.1906 in Stapelmoor-erheide,
6. den Malermeister Ch-istoff A k k e r m a n n , Bunde,
Boensterstr. 349, geb. am 14.11.1893 in Bunde,

wegen schwerer Freiheitsberaubung und Verbrechen gegen die
Menschlichkeit.

Das S. h u r g e r i c h t in Aurich hat in der Sitzung vom 25. Februar 1949,
an welcher teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Pfeffer
- als Vorsitzender -

b. R. Amtsgerichtsrat Avenarius
b. R. Landgerichtsrat Best
- als beisitzende Richter -

Arbeitsamtsangestellter Klaus Bilers, Dornum,
Landwirt Klaus Röttger, Velle,

Bürgermeister Martin Hamer, Petkun,
Bäckermeister Hermann Hertens, Moordorf,
Landwirt Johann Rohsendorf, Westhauderfehn,

Kunstneler Walter Mosel, Aurich,
- als Geschworene -

Staatsanwalt Loesden
- als Beamter der Staatsanwaltschaft -

Justizangestellter Gletz
- als Grundbesitzer der Geschäftsstelle -

für Recht erkannt:

Die Angeklagten werden wegen Unmenschlichkeitsverbrechens,
begangen in Tateinheit mit Freiheitsberaubung, verurteilt:

und zwar

der Angeklagte Annäus Winzenberg

zu 9 -neun- Monaten Gefängnis,

der Angeklagte Schröder

zu 6 -sechs- Monaten Gefängnis,

die Angeklagten Diedrich Winzenberg,

Presemann und Veenhuis

zu je 3 -drei- Monaten Gefängnis,

der Angeklagte Akkermann

zu 2 -zwei- Monaten Gefängnis.

Dem Angeklagten Annäus Winzenberg wird die Internierungszeit
auf die erkannte Strafe voll angerechnet.

Die Angeklagten tragen die Kosten des Verfahrens.

G r ü n d e :

1. Die persönlichen Verhältnisse der Angeklagten.

1.) Der Angeklagte Annäus Winzenberg.

Winzenberg wurde am 14.12.1901 geboren. Er besuchte die
Volksschule und anschliessend die landwirtschaftliche Schule
in Weener. Bis 1926 arbeitete er auf verschiedenen Höfen als
landwirtschaftlicher Gehilfe. Von 1926 bis 1933 war er bei der
Landwirtschaftsschule in Weener als landwirtschaftlicher
Versucheringstechniker tätig. 1933 wurde er Bürgermeister der
Gemeinde Bunde. Das Amt hatte er bis zu seiner Einberufung
zur Wehrmacht im August 1941 inne. Bis Kriegsende war er
Soldat und hatte zuletzt den Dienstrang eines Feldwebels.
1945 wurde er aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen.

Vom 6.9.1945 bis zum 19.2.1947 war er in Internierungshaft der Militärregierung und hat in den Lagern Westertinke und Fellingboedel eingewiesen. Zur Zeit arbeitet der Angeklagte wieder als landwirtschaftlicher Verwalter und hat ein monatliches Bruttoeinkommen von 200 DM. Er ist verheiratet und hat 5 Kinder im Alter von 4 Monaten bis 17 Jahren.

Wissenborg trat 1930 der NSDAP und gleichzeitig auch der SA bei. Ämter in der Partei hat er nicht gehabt. 1937 wurde er zum Hauptsturmführer befördert und erhielt die Führung des Sturmes Bunde und Umgebung, der etwa 100 Mann stark war.

2.) Der Angeklagte Schröder.

Schröder wurde am 9.10.1910 geboren. Er besuchte die Volksschule und dann bis zu seinen 16. Lebensjahr das Gymnasium bis zur Obertertia. Anschliessend erlernte er das Schmiede- und Schlosserhandwerk und legte nach vierjähriger Ausbildung seine Gesellenprüfung ab. Bis 1935 war er dann in verschiedenen Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen als Praktikant tätig. 1936 trat er in das Geschäft seines Vaters, der eine Kohlenhandlung und einen Vertrieb landwirtschaftlicher Maschinen in Bunde hatte, ein. Nach dem Tode seines Vaters im Jahre 1941 übernahm er dann das Geschäft auf eigene Rechnung, das er auch heute noch betreibt. Er versteuert ein monatliches Einkommen von 900 - 1200 DM. Er ist verheiratet und hat 3 Kinder im Alter von 4 bis 11 Jahren. Während des Krieges war er von Mai 1941 bis Februar 1943 Soldat in der Heimattruppe. Vom 1. bis 21. September 1945 sass er für den Secret Service der Militärregierung im Amtsgerichtsgefängnis in Leer in Haft, anschliessend hatte er 9 Monate Hausarrest, angeblich weil er die Wahl eines Bürgermeisters der Gemeinde in Bunde aus nationalsozialistischen

Beweggründen hintertrieben hatte.

Schröder trat 1931 der NSDAP und im Februar 1932 der SA bei. Ämter in der Partei hat er nicht bekleidet. In der SA wurde er 1938 zum Truppführer, 1940 oder 1941 zum Obertruppführer befördert. Zur Zeit der Tat hat er den Rang eines Sturmführers gehabt.

3.) Der Angeklagte Diedrich Winzenberg.

Diedrich Winzenberg ist der Bruder des Mitangeklagten Annas Winzenberg. Er wurde am 2.12.1898 geboren. Er hat Volksschulbildung und keinen Beruf erlernt. Er arbeitete zunächst als landwirtschaftlicher Arbeiter. Im Frühjahr 1917 wurde er eingezogen und nahm am 1. Weltkrieg bis zu seinem Ende teil. Nach seiner Entlassung arbeitete er wieder in der Landwirtschaft und dann von 1925 an in der Konservenfabrik in Bunde. Von 1938 ab war er anschliessend als Bote bei der Kreis- und Stadtsperkasse Leer, Zweigstelle Bunde tätig. Nachdem er vom August 1939 bis Ende 1940 oder Anfang 1941 vorübergehend eingezogen war, nahm er seine Tätigkeit als Massenbote wieder auf. Im September 1943 wurde er erneut eingezogen und war dann bis zum Kriegsende Soldat. Zuletzt war er Unteroffizier. Nach seiner Entlassung aus englischer Gefangenschaft im August 1945 arbeitete er wieder in verschiedenen Stellen als ungelernter Arbeiter. Er ist z.Zt. arbeitslos und bezieht Arbeitslosenunterstützung. Er ist verheiratet und hat keine Kinder.

Winzenberg trat im Januar 1932 der NSDAP und der SA bei. Ämter in der Partei hat er nicht bekleidet. Zur Zeit der Tat war er SA-Obertruppführer.

4.) Der Angeklagte Fresemann.

Fresemann ist jetzt 45 Jahre alt. Er besuchte die Volksschule

schule und anschliessend die Realschule bis zur Untersekundärreife. Dann erarbeitete er als landwirtschaftlicher Gehilfe auf dem Pachthof seines Vaters. 1931 übernahm er eine eigene Pachtung und pachtete dann Anfang des Krieges seinen jetzigen landwirtschaftlichen Betrieb, der 52 ha gross ist und für den er jährlich 8700 DM Pacht aufbringen muss. Von 1940 bis Kriegsende war er Soldat. Im Februar 1947 wurde er aus französischer Gefangenschaft entlassen. Der Angeklagte ist verheiratet und hat 5 Kinder im Alter von 7-14 Jahren.

Im Dezember 1930 trat er der Partei und der SA bei. Ende 1939 war er vorübergehend Blockleiter. Sonstige Ämter in der Partei hat er nicht bekleidet. Zur Zeit der Tat war er in der SA Scharführer oder Oberscharführer.

5.) Der Angeklagte Veenhuig.

Der jetzt 52-jährige Angeklagte hat Volksschulbildung. Er lernte als Schlosser und Schmied und legte nach Abschluss der Lehrzeit seine Gesellenprüfung ab. Er war zunächst in verschiedenen kleineren Betrieben tätig, um dann von 1926 bis 1932 Betriebsschlosser bei einer Seifenfabrik in Weener zu werden. Dann war er längere Zeit arbeitslos, war vorübergehend als Kraftfahrer tätig und wurde schliesslich im Herbst 1938 zur Kriegsmarine nach Wilhelmshaven dienstverpflichtet. Im März 1940 wurde er einberufen und war bis zum Kriegsende Soldat, zuletzt als Obergefreiter. Im Januar 1948 wurde er aus französischer Kriegsgefangenschaft entlassen. Jetzt ist er wieder als Betriebsschlosser in einer Puddingfabrik in Weener tätig und hat einen Wochenlohn von durchschnittlich 40 DM. Der Angeklagte ist verheiratet und hat 5 Kinder im Alter von 7 - 21 Jahren.

Im Dezember 1931 trat er der Partei und der SA bei.

6
Ämter in der Partei hat er nicht innegehabt. Seit 1935 war er in der SA Oberscharführer.

6.) Der Angeklagte Akkermann.

Akkermann ist jetzt 55 Jahre. Er besuchte die Volksschule, erlernte dann das Malerhandwerk und legte nach beendeter Lehrzeit seine Gesellenprüfung ab. Dann trat er in das Malergeschäft seines Vaters ein. Von 1913 bis 1918 war er Soldat. 1932 oder 1933 übernahm er das väterliche Geschäft auf eigene Rechnung. Er betreibt es auch heute noch und versteuert ein jährliches Einkommen von 2000 bis 3000 DM. Während des Krieges war er von 1941 bis zum Ende bei der Reichszollverwaltung dienstverpflichtet. Er ist verheiratet und hat vier Kinder im Alter von 8 - 22 Jahren.

Der Angeklagte trat 1933 oder 1934 der SA bei und wurde im Jahre 1937 Mitglied der NSDAP. Ämter hat er nicht bekleidet. In der SA war er zuletzt Sturmmann. Diesen Rang hatte er auch zur Zeit der Tat inne.

Alle Angeklagten sind bisher nicht bestraft.

II. Der Sachverhalt.

Aus Anlass des Todes des Botschaftsrats vom Rath in Paris kam es auch in Bunde wie in vielen anderen Städten Deutschlands zu den bekannten von der Führung der NSDAP veranlassenen Ausschreitungen gegen die Juden. In Bunde lag die Aktion in der Hand der SA unter Führung des Angeklagten Annus Winzenborg, der damals Sturmhauptführer und Führer des SA-Sturmes Bunde und Umgebung war. Winzenborg erhielt den Befehl dazu von dem ihm vorgesetzten Obersturmbannführer Lehmayr in Weener, der seinerseits wieder den Befehl dazu von der SA-Standarte in Leer erhalten hatte. Lehmayr rief den Angeklagten Annus Winzenborg in den frühen Morgenstunden des 10. November 1938 etwa um 6.00 Uhr an. Er be-

richtete ihm, dass im ganzen Reich wegen der Ermordung von Rathes durch einen Juden von der Partei Vergeltungsmassnahmen gegen die Juden durchgeföhrt würden, in Leer brenne bereits die Synagoge. Er übermittelte ihm dann den Befehl der SA-Standarte in Leer, im Zuge dieser Vergeltungsmassnahme seien sämtliche Juden in Bunde aufzuholen, weitere Anweisungen würden dann folgen. Winzenberg liess deshalb die für ihn am schnellsten erreichbaren SA-Leute alarmieren, einige von ihnen weckte er auch selbst und befohl sie zum Gemeindebüro. Nach etwa einer halben Stunde waren 8 bis 12 SA-Leute dort versammelt, darunter sämtliche Angeklagten bis auf den Angeklagten Veenhuis, der etwas später kam. Winzenberg gab den versammelten SA-Leuten den Befehl der SA-Standarte bekannt und unterrichtete sie von dem Sinn und Zweck des gegen die Juden gerichteten Unternehmens, so wie er es von Lehmsayer erfahren hatte. Er setzte ebenfalls hinzu, dass in Leer bereits die Synagoge brenne. Er teilte dann seine Leute in 3 Trupps ein. Die Führung des 1. Trupps übernahm er selbst und teilte dazu weiter die Angeklagten Schröder und Presemann und einen anderen SA-Angehörigen ein. Als Führer des 2. Trupps bestimmte er seinen Bruder Friedrich Winzenberg und als dessen Begleiter den in diesem Augenblick gerade ankommenden Veenhuis und vielleicht noch weitere SA-Angehörige. Wer der Führer des 3. Trupps war und welche SA-Leute diesem zugeteilt wurden, konnte nicht festgestellt werden. Als Akkermann von dem Plan, die Juden in Bunde aufzuholen, erfuhr, äusserte er sich: "Das heisst aber für mich, dabei Amt und bewahren." Auch Winzenberg hatte bei seiner Befehlsgebung ausdrücklich betont, dass die Juden amtändig und *harmlos* zu behandeln seien. Auf die Äusserung Akkermanns, liess er diesen in dem geöffneten Gemeindesaal zurück. Er sollte die ankommenden Juden übernehmen und sie in dem Gemeindesaal festhalten.

Die Angeklagten Annäus Winzenborg, Schröder und Fresemann und der weitere eingeteilte SA-Angehörige begaben sich zu dem Haus der jüdischen Familie Ries. Winzenborg ging mit Schröder zu der im oberen Stockwerk des Hauses liegenden Wohnung, während Fresemann und der andere SA-Angehörige unten warteten. Auf sein Klingeln erschien der Vater Ries. Winzenborg unterrichtete ihn im korrekten und höflichen Tone von einem Auftrag und wies ihn an, sich mit seiner Familie zum Gemeindebüro zu begeben. Er versuchte noch die weinende Frau Ries zu beruhigen und sprach ihr gegenüber sein Bedauern aus, aber es sei Befehl und da könne er nichts machen. Daraufhin begaben sich Winzenborg und Schröder wieder nach unten vor die Haustür, um das Erscheinen der Familie Ries abzuwarten. Fresemann bat Winzenborg jetzt, sich entfernen zu dürfen, da er drinnen zu arbeiten habe. Winzenborg erlaubte ihm das. Bald erschien die Familie Ries. Es waren der Ehepaar Ries, ihr 16jähriger Sohn und eine Frau Perl, die Schwester des Mannes Ries. Sie wurden von Winzenborg zum Gemeindebüro geschickt. Sie gingen auch hin, ohne dass sie von einem SA-Angehörigen begleitet wurden, und wurden hier von Akkermann in den Gemeindesaal gewiesen, wo dieser zu ihrer Bewachung bei ihnen blieb.

Winzenborg und Schröder gingen dann weiter in Richtung zu der in der Nähe wohnenden Familie Hess, die von dem 3. Trupp aufgeholt werden sollte. Winzenborg wollte das Aufholen überwachen. An dem Herausholen aus der Wohnung beteiligte sich Schröder, in welcher Weise im einzelnen, konnte nicht mehr geklärt werden. Es konnte nur soviel mit Sicherheit festgestellt werden, dass er zusammen mit dem etwa 80jährigen Hess aus der Haustür kam und diese dann abschloss.

Dass Schröder Hess dabei misshandelt hat, wie die Anklage es annimmt, ist nicht erwiesen. Aus der Bekundung des Zeugen Modder, er habe gesehen, wie Schröder beim Abschliessen der Türe nicht

gedrängt Schulter an Schulter mit Hess gestanden habe, lässt sich nichts zu Ungunsten des Angeklagten, der jegliche Misshandlung entschieden in Abrede stellt, herleiten. Es kann sein, dass Schröder den alten Hess mit seiner Schulter von der Haustür weg-schieben wollte, um ihn zur Eile anzutreiben. Es kann aber auch sein, dass der alte 60jährige Hess in der Dunkelheit gegen Schröder getaumelt ist. Schliesslich ist es auch nicht gänzlich unwahrscheinlich, dass Schröder ihn wegen seines hohen Alters bei der noch herrschenden Dunkelheit beim Herabgehen von den Treppentufen hat stützen wollen, damit er nicht zu Fall käme. Da Wodder zu entfernt gestanden hat, um in der Dunkelheit genaue Beobachtungen machen zu können, lässt sich aus seiner Aussage keine Misshandlung des alten Hess durch Schröder feststellen.

Von der Familie Hess wurden aufgeholt die Eheleute Hess und ihre drei erwachsenen Töchter. Sie wurden ebenfalls zum Gemeindefest gewiesen, wobei die SA-Leute einschliesslich Winzenberg und Schröder ihnen in einiger Entfernung in losen Gruppen folgten.

Die Angeklagten Diedrich Winzenberg und Veenhuis waren von Annus Winzenberg beauftragt worden, die Familie Watermann aufzuholen. Auf dem Wege dahin erklärte Diedrich Winzenberg Veenhuis über den Sinn und Zweck der gegen die Juden in Bunde gerichteten Aktionen auf, sowie es Annus Winzenberg kurz vorher den versammelten SA-Leuten bekanntgegeben hatte. Er unterrichtete ihn insbesondere dahin, dass sie im Zuge dieser Aktion beauftragt seien, die Familie Watermann aufzuholen. Im Hause der Familie Watermann angekommen, stellten sie fest, dass der Vater Watermann bettlägerig krank und pflegebedürftig war. Sie nahen deshalb von seiner Aufholung ab und liessen zu seiner Pflege Frau Watermann zurück. Sie nahmen lediglich die Tochter Watermann und ihre bei ihr zu Besuch weilende jüdische Freundin zum Gemeindefest mit. Hier waren bereits die Familien Nies und Hess versammelt. Diedrich

10

Winzenborg berichtete seinem Bruder, dass er infolge der Krankheit des Vaters Warermann diesen nicht aufgeholt und seine Frau zu seiner Pflege zurückgelassen habe. Annäus Winzenborg hiess die Massnahme seines Bruders gut.

Weil die aufgeholtten Juden ohne Frühstück vom Hause fortgegangen waren, erlaubte Annäus Winzenborg, Frau Ries und Fräulein Warermann auf ihre Betten hin von zu Hause für die Inhaftierten Essen und Trinken zu holen. Er gab ihnen dabei einen SA-Mann zu ihrer Bewachung mit. Dem Vater Hess, der gern rauchen wollte, erlaubte er sogar, ohne Bewachung nach Hause zu gehen und sich dort Pfeife und Tabak zu holen. Annäus Winzenborg schickte dann sämtliche SA-Leute wieder nach Hause. Er selbst begab sich in das unmittelbar neben dem Gemeindesaal liegende Gemeindebüro, um seine Geschäfte als Bürgermeister zu erledigen. Die Juden blieben in dem geöffneten Gemeindesaal zurück und wurden von Zeit zu Zeit von Annäus Winzenborg kontrolliert.

Annäus Winzenborg führte jetzt mehrere Ferngespräche mit der SA-Standarte in Leer, um nähere Anweisungen über das weitere Schicksal der aufgeholtten Juden zu erhalten. Bei diesem Gespräch war der Mitangeklagte Schröder zugegen. Die Anweisungen blieben zunächst aus. Winzenborg wusste bei einem dieser Gespräche lediglich einmal die Personalien der aufgeholtten Juden durchgeben. Bei dem letzten Gespräch erfuhr er schliesslich, dass er die beiden Ries nach Leer bringen müsse. Winzenborg setzte sich noch für den 16-jährigen Ries ein, um sein Bleiben in Bunde zu erreichen. Seine Bemühungen hatten aber keinen Erfolg. Als er darauf drängte, die übrigen aufgeholtten Juden entlassen zu dürfen, erhielt er die Antwort, wenn er sie entlasse, geschehe das auf seine Verantwortung. Darauf entliess Winzenborg sämtliche Juden wieder nach Hause bis auf die beiden Ries. Das war in den Mittagestunden oder frühen Nachmittagestunden. Die beiden Ries brachten er und

persönlich in dem Personenkraftswagen Schröders, den dieser auch fuhr, nach Leer. Die Hergöben sie auf dem Viehof in Leer einem Auffangkommando der SA und stellten dabei fest, dass hier schon eine grosse Anzahl Juden versammelt waren. Schröder ging nach seiner Rückkehr noch zu Frau Ries und berichtete ihr, wie sie ihren Mann und ihrem Sohn heimlicherweise Essen und Schlafdecken zukommen lassen könnte. Die beiden Ries wurden von hier aus in das KZ Oranienburg überführt. Nach kurzer Zeit kehrte der junge Ries zurück. Ob er längere oder kürzere Zeit als eine Woche in Oranienburg hat verbringen müssen, konnte nicht mit Sicherheit geklärt werden. Der Vater Ries kam dagegen erst gegen Weihnachten 1938 nach einer Haft von etwa 4 - 5 Wochen zurück. Über ihre Behandlung im KZ haben sie, soweit festgestellt werden konnte, nichts Übles berichtet. Dass sie körperliche Schäden davongetragen haben, hat sich ebenfalls nicht feststellen lassen. Der Vater Ries hat sich aber gegenüber dem Zeugen Modder beklagt, dass ihm, abgesehen von den seelischen Qualen über die Ungewissheit seines Schicksals, die Haft im KZ deswegen besonders schwer gefallen sei, weil er wegen seines Magenleidens die harte Gefangenenkost nicht habe vertragen können. Die beiden Ries selbst konnten über ihre Behandlung im KZ Oranienburg nicht als Zeugen vernommen werden. Der Vater Ries ist inzwischen verstorben. Der Sohn Ries lebt mit seiner Mutter in Amerika.

Die Angeklagten geben diesen Sachverhalt an. Sie berufen sich alle auf die ihnen gegebenen Befehle, Annus Winzenberg auf den ihm von seinem Stabschef Lehmeyer übermittelten Befehl der Standarte in Leer, die übrigen Angeklagten auf den ihnen von Annus Winzenberg gegebenen Befehl, dessen Persönlichkeit und charakterliche Anständigkeit ihnen im übrigen Gewähr dafür geboten habe, dass mit den aufgeholten Juden nichts Unrechtes

geschehe. Alle Angeklagten wollen nur damit gerechnet haben, dass die Juden lediglich zu einem kurzen Verhör aufgeholt wurden. Die Verteidigung führt weiter aus, das Verhalten sämtlicher Angeklagten sei insbesondere deshalb nicht rechtswidrig, weil die aufgeholten Juden mit der ihnen von den Angeklagten zuteil gewordenen anständigen und korrekten Behandlung einverstanden gewesen seien. Die Verteidigung beruft sich dazu auf das Zeugnis der Frau Fromme und Frau Schröder, mit denen Frau Wies über die den Juden in Bunde zuteil gewordene Behandlung durch die SA-Angehörigen gesprochen habe. Frau Wies hat sich ihnen gegenüber lobend und anerkennend über das korrekte und anständige Verhalten der SA-Leute in Bunde bei der Judenaufholung ausgesprochen. Sie hat sich ^{dabei} dem Sinne nach geäußert: "Es ist doch viel wert, dass es noch so anständige Menschen gibt. Wenn wir Winzenberg, gemeint war der Angeklagte Annäus Winzenberg, nicht gehabt hätten, dann wäre es uns schlimm ergangen, denn Gnade uns Gott." Weiter steht die Verteidigung auf dem Standpunkt, dass die damals in Deutschland gegen die Juden durchgeführte Aktion, soweit sie sich auf einen blossen Freiheitsentzug beschränkt hätte, als Vergeltungsmassnahme nicht rechtswidrig gewesen sei, da Vergeltungsmassnahmen völkerrechtlich grundsätzlich nicht verboten seien. Das gehe insbesondere aus IV der Verordnung der Mil.Reg. Nr.1 hervor, die von Gesamtgeldstrafen spreche und von strafrechtlicher Gesamtverantwortlichkeit.

III. Rechtliche Würdigung.

Die Angeklagten sind eines Unmenschlichkeitsverbrechens im Sinne des KMG Nr.10 schuldig.

Die von ihnen gegen die Juden in Bunde unternommene Aktion war ein Angriff auf ihre persönliche Freiheit. Zu diesem Angriff

haben

-13-

haben alle Angeklagten zu ihrem Teil beigetragen und dadurch die Gesamtektion verwirklicht. Annäus Winzenborg hat die Führung gehabt. Er hat weiter zusammen mit Schröder die Familie Ries geweckt und sie zum Gemeindesaal geschickt. Er hat dann den Aufholen der Familie Hess überwacht. Schröder hat ferner den Vater Hess mit aus dem Hause geholt und hat die Familie Hess zusammen mit den anderen SA-Leuten und Annäus Winzenborg zum Gemeindesaal begleitet. Annäus Winzenborg und Schröder haben endlich die beiden Ries in dem Schröderschen Kraftwagen nach Leer gebracht. Diedrich Winzenborg und Veenhuis haben Fräulein Watermann und ihre jüdische Freundin aufgeholt. Akkermann hat die Familie Ries, die ohne SA-Begleitung ankam, in den Gemeindesaal eingewiesen und hat sie dann bis zum Eintreffen der übrigen jüdischen Familien im Gemeindesaal festgehalten und bewacht. Presemann hat zunächst durch sein Dabeisein bei der Befehlsausgabe durch Annäus Winzenborg fördernd auf den Tatwillen der übrigen erschienenen SA-Leute eingewirkt, insbesondere hat er dadurch, dass er mit zu der Wohnung der Familie Ries ging, auch den Tatwillen Schröders und des weiteren zu der Aufholung der Familie Ries eingeteilten SA-Mannes bestärkt. Somit hat auch er zur Durchführung der Judenaufholung in Bunde beigetragen. Das Angriffsverhalten der Angeklagten stand im Zusammenhang mit der damals im Staat herrschenden nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft. Denn es erfolgte im Zuge der von der Reichsleitung der NSDAP befohlenen Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden Deutschlands aus Anlass des Todes des Botschaftsrats vom Rath, die den Zweck hatten, die Juden in Deutschland auf das empfindlichste zu diffamieren und sie aus dem wirtschaftlichen völlig auszuschalten. Ohne diese Willkürherrschaft wäre das Vorgehen gegen die Juden in dieser Unglücksnacht des 9. auf 10. November 1938 undenkbar

gewesen. Infolge des Angriffsverhaltens der Angeklagten befanden sich die aufgeholten Juden von den frühen Morgenstunden bis zur Mittagszeit in dem Gemeindesaal in Bunde in Haft, ohne hier allerdings besonderen Misshandlungen ausgesetzt gewesen zu sein. Darüber hinaus aber war das Angriffsverhalten sämtlicher Angeklagten ursächlich dafür, dass die beiden Ries in das KZ Oranienburg verbracht worden sind. Sie gingen hier einem ungewissen Schicksal entgegen, weil sie nunmehr der Gestapo ausgeliefert waren, die sich nicht an Gerechtigkeit und Rechtssicherheit gebunden hielt, vielmehr mit ihren Opfern nach Willkür verfuhr. Wenn sich beide Ries auch nicht nach ihrer Rückkehr über eine üble Behandlung im KZ beklagt und sie auch keine körperlichen Schäden davongetragen haben, so hat der alte Ries den Freiheitsentzug wegen seines Magenleidens als sehr hart empfunden, da er im KZ mit der üblichen derben und sehr schmalen Gefangenenkost vorlieb nehmen musste. Darüber hinaus aber bereitete beiden die völlige Ungewissheit über ihr künftiges Schicksal schweres seelisches Ungemach und versetzte sie in Angst und Furcht. Sie fühlten sich der Gestapo, dem typisch nationalsozialistischen Willkür- und Terrorinstrument, erbarmungslos ausgeliefert, zumal sie aus der von mit allen Mitteln der Propaganda geschürten vom Rassenhass getragenen jüdenfeindlichen Einstellung des damaligen Staatssystems wussten, dass sie als Untermenschen galten. Ihre Furcht und Angst vergrößerte sich, je länger die gegen sie verhängte Schutzhaft dauerte. Wenn das Gericht die beiden Ries auch nicht zu diesem Punkt hat als Zeugen vernehmen können, so besteht doch für diese Feststellung ein allgemeiner Erfahrungssatz, da schon das Bewusstsein, in ein KZ verbracht und damit der Gestapo, dem bereits damals allgemein gefürchteten Terrorinstrument des Nazisystems ausgeliefert zu sein, geeignet ist in den Betroffenen Angst und Schrecken hervorzurufen. (vgl. OGH StS 31/48). Der Vater

15

hat sich ausserdem in diesem Sinne gegenüber dem Zeugen Modder geäußert. Durch die Tat der Angeklagten wurden die Juden in Bunde in einer Weise geschädigt, die eine Für-nichts-Achtung des ideellen Wertes des Menschen ausdrückt. Die Angeklagten dokumentierten durch die Aufholung der Juden die von der nationalsozialistischen Propaganda immer wieder in das deutsche Volk getragene These, dass ein Jude ein Untermensch sei, der es nicht verdiene, dass er im deutschen Vaterlande lebe. Durch die Tat der Angeklagten ist auch die Menschheit selbst angegriffen. Die Aufholung der deutschen Juden, die an der Ermordung des Botschaftsrats vom Rath völlig unschuldig waren, und ihre Verbringung in Konzentrationslager als Vergeltungsmassnahme für dessen Tod, mit dem Zweck und Ziel, die deutschen Juden zu diffamieren und sie aus dem deutschen Wirtschaftsleben auszuschalten, sprechen jeder Menschenwürde Hohn. Sie verletzen auf das Schwerste die im europäischen Kulturkreis unabdingbare Gleichheit aller Menschen, ohne Unterschied der Rasse und des Bekenntnisses, vor dem Gesetz und in der öffentlichen Wertung ihrer Mitmenschen, und berühren deshalb die Menschheit insgesamt.

Die Freiheitsberaubung der Juden durch die Angeklagten war widerrechtlich. Denn auch nach den damals geltenden gesetzlichen Bestimmungen war eine Festsetzung von Personen nur beim Vorliegen bestimmter, gesetzlich festgelegter Tatbestände und nur durch die hierzu berufenen staatlichen Organe in dem hierfür vorgesehenen Verfahren zulässig. Eine Festnahme von Personen auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse durch Dienststellen oder durch Angehörige der NSDAP oder ihrer Gliederungen war auch mit der damaligen Rechtsordnung unvereinbar. Darüber hinaus war die Verbringung der Juden in KZ's nur deshalb, weil sie Juden waren, auf alle Fälle widerrechtlich, wenn auch vielleicht nur nach der übergesetzlichen Norm. Das damalige unnerstaatliche Recht kannte

auch keine strafrechtliche Gesamtverantwortlichkeit. Bestraft werden konnte auch damals nur der wirkliche Täter. Vergeltungsmaßnahmen gegen Personen, die die Straftat nicht begangen hatten oder an ihr nicht beteiligt waren, waren dem 1938 geltenden und sind auch dem heutigen Recht fremd. Der Hinweis der Verteidigung auf IV. der Verordnung Nr. 1 der Mil. Reg. geht fehl. Sie ist Kriegsrecht der Besatzungsmächte, deren Gesetzen und Anweisungen Deutschland heute infolge des verlorenen Krieges untersteht, und deshalb kein innerstaatliches Recht. Unzutreffend ist weiter die Ansicht der Verteidigung, die in Bunde aufgeholten Juden seien mit ihrer Festnahme durch die Angeklagten einverstanden gewesen, das Verhalten der Angeklagten sei deshalb nicht widerrechtlich. Aus der Bekundung der Zeuginnen Fromme und Schröder über die Äußerungen der Frau Ries läßt sich dafür nichts herleiten. Bewußt waren die Juden dankbar und froh, dass sie gerade von solchen SA-Leuten aufgeholt wurden, die sie anständig und menschlich behandelten und nicht wilden, fanatisierten Anhängern der Naziideologie in die Hände gefallen waren, die mit ihnen möglicherweise Übel verfahren wären. Wenn sie hätten wählen können, hätten sie es zweifellos vorgezogen, von ihnen gegenüber menschlich auftretenden SA-Leute verhaftet zu werden, als durch wilde Parteianhänger bei der Aufholung schlecht behandelt zu werden. Keineswegs aber waren sie damit einverstanden, dass ihnen, wenn auch nur für kurze Zeit, die Freiheit entzogen wurde. Das ist aber allein entscheidend.

Alle Angeklagten waren über Zweck und Ziel der im ganzen deutschen Reich und auch in Bunde durchgeführten Judenaktion unterrichtet. Jeder der Angeklagten lieferte zu der Judenauflösung in Bunde bewusst seinen Tatbeitrag, um sie in ihrer Gesamtheit zur Durchführung zu bringen. Jeder wollte auf Grund

des ihm gegebenen Befehls die Tat der anderen Angeklagten und der übrigen für die Judenaufholung befohlenen SA-Leute als seine eigene und wollte mit seinem Tatbeitrag den Gesamtplan der Judenaufholung in Bunde verwirklichen. Das Angriffsverhalten jedes einzelnen Angeklagten richtet sich also gleichzeitig gegen alle in Bunde aufgeholten Juden und war, weil jeder seinen Tatbeitrag leisten wollte, um die Gesamttat zur Durchführung zu bringen, auch gegen jeden einzelnen in Bunde aufgeholten Juden bewusst und gewollt. Dabei waren sich alle Angeklagten, Annäus Winzenborg auf Grund des ihm von Lehmayr gegebenen Befehls, die übrigen Angeklagten nach der ihnen durch Winzenborg gegebenen Aufklärung darüber im Klaren, dass ihr Verhalten im Zusammenhang stand mit dem nazistischen System, von dem sie nach ihrem Bildungsgang und bei ihrer sittlichen Reife wussten, dass es ein System der Gewalt- und Willkürherrschaft war.

Die Angeklagten behaupten, sie seien der Meinung gewesen, die Juden würden nur zu einem kurzen Verhör aufgeholt. Das kann zumindest den Angeklagten Winzenborg und Schröder nicht geglaubt werden. Schröder war bei den Ferngesprächen, die Winzenborg mit der Standarte in Leer führte, dabei. Er hatte aus den Gesprächen entnommen, dass die beiden Ries nach Leer überführt werden sollten und hatte auch gehört, dass sich Annäus Winzenborg noch vergeblich dafür einsetzte, den jungen Ries in Bunde zurücklassen zu dürfen. Als die Angeklagten Annäus Winzenborg und Schröder die beiden Ries nach Leer überführten, mussten sie deshalb zwangs- und haben es auch getan häufig mit einer längeren Inhaftierung dieser beiden rechnen. Sie haben auch beide zugegeben, dass sie, als sie in Leer die Menge der aufgeholten Juden sahen, sich darüber im Klaren waren, dass die beiden Ries für längere Zeit verhaftet bleiben würden. Das geht ferner daraus hervor, dass Schröder Frau Ries noch

AP

davon unterrichtete, wie sie ihren Mame und Sohne heimlicher-
weise mit Essen und Schlafdecken versorgen könnte, um ihnen
also eine längere Haftdauer erträglicher zu gestalten. Die
übrigen Angeklagten mögen vielleicht der Meinung gewesen sein,
dass die Juden in Bunde nur zu einem kurzen Verhör aufgeholt
würden. Das schliesst aber ihre Verantwortlichkeit für die
lange Haftdauer der beiden nicht aus. Alle Angeklagten
wussten, selbstverständlich einschliesslich Annus Winzenberg
und Schröder, dass im ganzen Reich wegen der Ermordung des Bot-
schafterats vom Rath von der Reichsleitung der NSDAP befohlene
Vergeltungsmassnahmen gegen die Juden durchgeführt wurden und
dass in Weener im Zuge dieser Vergeltungsmassnahmen die Synagoge
bereits in Brand gesteckt worden war. Unschuldige Menschen soll-
ten also, nur weil sie zufällig Juden waren, für die Tat eines
anderen büssen. Die Angeklagten als langjährige Partei- und
SA-Angehörige wussten alle aus der Flut der Propaganda, die
sich in Rundfunk und Presse ständig über das deutsche Volk ergoss,
dass die Juden im Hasiatant als Menschen 2. Klasse, als Unter-
menschen galten, deren Ehre und persönliche Freiheit nach der
Auffassung des damaligen Systems keine Achtung verdiente. Die
Angeklagten haben die Juden in Bunde mit ihrer Aufholung bewusst
und gewollt dem unkontrollierbaren Wechtapperat von Partei und
Staat überliefert. Haben sie das aber getan, dann haben sie alle
zumindest mit dem bedingten Vorsatz gehandelt, dass mit den
aufgeholtten Juden willkürlich verfahren werde. ^{Daraus} Aus der Kenntnis,
dass im ganzen Reich Vergeltungsmassnahmen gegen die Juden
durchgeführt werden sollten, und dass im Zuge dieser Vergeltungs-
massnahmen das jüdische Gotteshaus in Weener bereits in Flammen
stand, haben sie erkannt, dass etwas Ungeheures vor sich ging.
Sie haben deshalb unter den damaligen Verhältnissen zumindest

mit der Möglichkeit gerechnet, dass der nationalsozialistische Macht- und Willkürapparat mit den aufgeholtten Juden nach seinem Belieben verfahren würde und haben sich bei der Aufholung der Juden von vornherein mit den Massnahmen einverstanden erklärt, die dieser Macht- und Willkürapparat von Partei und Staat über die aufgeholtten Juden verhängen würde. Sie haben daher ebenfalls damit gerechnet, dass ein Teil von den aufgeholtten Juden in die KZ's zu einem längeren Freiheitsentzug kommen würde und haben diesen Erfolg für den Fall seines Eintritts auch von vornherein gewollt. Bei ihrem Bildungsgrade waren sich ferner alle Angeklagten darüber im Klaren, dass ihre Handlungsweise die unabdingbare Gleichheit aller Menschen ohne Unterschied der Rasse und des Bekenntnisses vor dem Gesetz auf das Empfindlichste verletzte und dass sie deshalb mit ihrer Tat die Menschheit selbst angriffen. Alle Angeklagten haben danach also erkannt, dass ihr Tun verwerflich war und insbesondere auch in Widerspruch stand mit den damals wie heute noch geltenden strafrechtlichen Normen. Trotzdem haben sie entgegen dieser besseren Einsicht aus freiem Entschluss gehandelt und sind deshalb verantwortlich für ihr Tun. Die Berufung der Angeklagten auf die ihnen gegebenen Befehle befreit sie nicht von dieser Verantwortlichkeit (Art. II Ziff. 4b KMG Nr. 10). Die Strafbarkeit der Angeklagten entfällt deshalb auch nicht, weil sie die ihnen gegebenen Befehle ungern und mit einem gewissen inneren Widerwillen ausgeführt und die aufgeholtten Juden anständig behandelt haben. Das Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfordert keine unmenschliche, verwerfliche oder niedrige Gesinnung. Der Täter selbst braucht nicht objektiv unmenschlich zu handeln.

Nach alledem sind also alle Angeklagten nach der vor dem Obersten Gerichtshof für die britische Zone

Rechtsprechung eines Unmenschlichkeitsverbrechens im Sinne des KMG Nr.10 schuldig und müssen bestraft werden.

Alle Angeklagten müssen weiter wegen Freiheitsberaubung nach § 239 Abs.1 und Abs.2 bestraft werden.

Durch die Tat der Angeklagten waren die aufgeholtten Juden zunächst von den frühen Morgenstunden bis etwa zur Mittagszeit ihrer persönlichen Freiheit beraubt. Auch wenn die Tür zum Gemeindesaal offenstand, konnten sie dennoch nicht ihren auf Freiheit der Bewegung gerichteten Willen betätigen. Denn ein Verlassen des Saales wäre sofort von dem unmittelbar neben dem Saal im Gemeindebüro arbeitenden Innkus Winzenberg, der auch von Zeit zu Zeit die aufgeholtten Juden auf ihre Vollzähligkeit überprüfte, entdeckt worden. Der junge Ries war darüber hinaus noch mehrere Tage in KK-Left, wobei nicht festzustellen war, ob seine Verhaftung länger als eine Woche gedauert hat, der Vater Ries sogar 4-5 Wochen. Der Freiheitsentzug war, wie bereits dargelegt, widerrechtlich. Er war auch, soweit er das Festhalten der Juden in dem Gemeindesaal betraf, von allen Angeklagten gewollt, die längere Haftdauer der beiden Ries zumindest bedingt gewollt. Denn die Angeklagten haben, wie bereits ausgeführt, die aufgeholtten Juden dem unkontrollierbaren Machtapparat von Partei und Staat bewusst ausgeliefert und haben sich deshalb von vornherein mit den Massnahmen einverstandend erklärt, die dieser Machtapparat willkürlich über die einzeln aufgeholtten Juden verhängen würde. Sie haben deshalb auch mit der Möglichkeit einer längeren als einschüßigen Haft bei einzelnen Juden gerechnet und diesen Erfolg für den Fall eines Eintritts auch gewollt. Die Angeklagten haben ferner alle das Bewusstsein der Widerrechtlichkeit ihres Verhaltens gehabt. Sie können sich insbesondere nicht zu ihrer Entschuldigung auf den ihnen erteilten

-21-

21

teilten Befehl berufen. Abgesehen von der Bestimmung des Art. II Ziff. 4b KKG Nr. 10 konnte auch nach damaliger Rechtsauffassung ein dienstlicher Befehl einen SA-Mann nicht in weiterem Umfang von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit befreien, als ein Befehl in Dienstsachen den Soldaten (Vgl. RGStr. 71/284). Kein Soldat durfte aber bei Strafe den Befehl eines Vorgesetzten ausführen, durch den ein Strafgesetz verletzt wurde (§ 47 Nr. 2 MStGB). Die Dienststellen der HSBAP und ihrer Gliederungen hatten auch nach den damals geltenden Bestimmungen keine Befugnis, Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse festzusetzen. Der den Angeklagten dahingehend erteilte Befehl betraf also eine Handlung, welche das Vergehen einer nach § 239 StGB strafbaren Handlung bezweckte. Dieses haben auch alle Angeklagten erkannt. Die Angeklagten sind als Mittäter (§ 47 StGB) zu bestrafen. Jeder einzelne hat im bewussten und gewollten Zusammenwirken mit den anderen SA-Angehörigen auf Grund des ihnen gegebenen Befehls deren Handlungsweise als eigene gewollt und hat sein Tun durch das Mitwirken der anderen verwirklichen wollen. Danach sind alle Angeklagten der schweren Freiheitsberaubung im Sinne von § 239 Abs. 2 StGB im Falle Vater ries, in den übrigen Fällen nur der einfachen Freiheitsberaubung im Sinne von § 239 Abs. 1 StGB schuldig. Die Taten der Angeklagten verletzen zwar das höchstpersönliche Rechtsgut der Freiheit verschiedener Personen, sie sind aber trotzdem nicht als selbständige Straftaten zu bestrafen. Sie sind vielmehr Einzelbetätigungsakte eines einheitlich zusammengehörigen Tuns. Denn sie entsprangen einem einheitlichen Entschluss und hatte die einheitliche Zielsetzung, im Rahmen einer Gesamtaktion die Juden in Bunde aufzuholen. Die Einzelbetätigungsakte folgen zeitlich so dicht aufeinander, und gehen auch teilweise in einander über, dass sie bei natür-

22
tümlicher Betrachtungsweise als einheitlich zusammengehöriges
Tun erscheinen. Die Freiheitsberaubung an sämtlichen aufgehaltenen
Juden ist also im strafrechtlichen Sinne eine einheitliche Hand-
lung.

Die Strafverfolgung der schweren Freiheitsberaubung ist nicht
verjährt, obwohl die Tat bereits am 10. November 1938 begangen ist.
Die 10-jährige Verjährungsfrist des § 67 Abs. 1 StGB ist ausweislich
der Akten am 25. 8. 1948 (vergl. Bl. 118 d. A.) durch die Verfügung des
Vorsitzenden der Strafkammer, den Angeklagten die Anklage mit einer
Erklärungsfrist von einer Woche auszustellen, nach § 68 StGB unter-
brochen worden, sodass von diesem Tage ab eine neue Verjährungsfrist
zu laufen beginnt.

Weiter ist die Strafverfolgung der einfachen Freiheitsberaubung
nach §§ 1, 3 und 10 der VO zur Beseitigung nationalsozialistischer
Eingriffe in die Strafrechtspflege (VOBl. brit. Zone 47/65) auch heute
noch zulässig. Die Strafverfolgung der Angeklagten wegen Freiheits-
beraubung im Sinne von § 239 Abs. 1 StGB ist während des Naziregimes
aus politischen Gründen unterblieben. Es handelt sich hier um ein
Vergehen, das mit der Verfolgung aus rassistischen und religionsfeind-
lichen Beweggründen verbunden war. Die Gerechtigkeit erfordert
nachträgliche Sühne. Es liegt ein Vergehen vor, das zur Zeit seiner
Begehung mit mehr als 3 Jahren Gefängnis bedroht war. Der Antrag
der Staatsanwaltschaft auf Einleitung des Verfahrens gemäß § 10
der VO ist in der Anklage zu sehen, sie hat ihn ausserdem nochmals
versorglich in der Hauptverhandlung gestellt.

Unmenschlichkeitsverbrechen und Freiheitsberaubung sind in Tat-
einheit begangen (§ 73 StGB), weil dieselbe Handlung der Angeklagten
gleichzeitig die mehreren Strafgesetze verletzt.

IV. Strafmessungsgründe.

Die Strafe für die Tat der Angeklagten ist nach § 73 StGB aus
den -23-

dem Kontrollratsgesetz Nr.10 zu entnehmen als dem Gesetz, das mit der Androhung von Geldstrafe bis zur Todesstrafe die schwerste Strafmart androht. Dabei darf nicht gemäss § 239 Abs.2 StGB auf eine Strafe von weniger als 1 Monat Gefängnis erkannt werden, das aber überhaupt nur unter der Voraussetzung, dass mildernde Umstände vorliegen. Mildernde Umstände hat das Schwurgericht den Angeklagten nicht versagen können. Die Freiheitsberaubung hat bei der Mehrzahl der aufgeholten Juden wenige Stunden, bei dem jungen Ries mehrere Tage und nur bei dem Vater Ries 4 - 5 Wochen gedauert. Der Freiheitsentzug war also im Vergleich zu dem in ähnlich gelegerten Fällen verhältnismässig kurz. Körperliche Schäden haben die beiden Ries nicht davongetragen. Die Angeklagten werden von allen Leumundszeugen als ehrbare und anständige Charaktere geschildert. Das hat auch ihr persönlicher Eindruck in der Hauptverhandlung bestätigt. Sie haben sich alle offen zu ihren Taten bekannt, deren Folgen sie auch heute ernstlich zu bereuen scheinen. Sie waren keine fanatischen Anhänger der Naziideologie. Die Judenaufholung ist in Bunde selten anständig und menschlich durchgeführt worden. Sie lag nur am Rande des grossen Geschehens, das Deutschlands Ansehen in der Welt damals so sehr geschädigt hat. Zu irgendwelchen Ausschreitungen und Misshandlungen ist es in keinem Fall gekommen, was hauptsächlich auf die Initiative des Angeklagten Annäus Winsenborg zurückzuführen ist. Wenn es auch seine Pflicht gewesen ist, den aufgeholten Juden Essen und Trinken während der nicht abzuschenden Dauer ihrer Verhaftung zukommen zu lassen, so zeigt doch das gerade, dass er ein mitfühlendes Herz mit den Juden gehabt hat. Das geht insbesondere noch daraus hervor, dass er den 80-jährigen Hase darüberhinaus noch die Vergünstigung gewährt hat, seine Pfeife und seinen Tabak zu holen. Das zeigt sich ferner darin, dass er sich, wenn auch

24

vergeblich für die Zurücklassung des jungen Ries in Bunde eingesetzt hat. Zu Gunsten von Schröder spricht, dass er nach seiner Rückkehr aus Leer Frau Ries heimlich mitgeteilt hat, wie sie ihrem Mann und Sohn heimlicherweise Essen und Schlafdecken zukommen lassen konnte. Alle Angeklagten haben die Juden bei ihrer Aufholung anständig und menschlich behandelt. Ihr damaliges Vorgehen gegen die Juden war ihnen innerlich zuwider. Sie haben nur Befehle ausgeführt, denen sie sich nicht glauben entziehen zu können. Selbst die aufgehobten Juden haben die korrekte und anständige Behandlung der sie aufholenden SA-Leute anerkennen müssen. Die zu erkennende Gefängnisstrafe muss aber trotz allem empfindlich sein. Denn die in jener Unglücksnacht des 9. auf 10. November 1938 im ganzen deutschen Reich durchgeführten Gewaltmassnahmen gegen die Freiheit der Juden, ihr Eigentum und ihre Gotteshäuser haben für das deutsche Vaterland die unheilvollsten Folgen gehabt, indem es dadurch in der öffentlichen Weltmeinung einen kaum wieder gutschprechenden Verlust seines Ansehens erlitt. Dazu haben alle Angeklagten, wenn auch nur zu einem geringen Teil beigetragen.

Der Angeklagte Annus Winzenberg musste am schwersten bestraft werden, weil er die Leitung der gegen die Juden in Bunde gerichteten Aktion hatte. Auch der Angeklagte Schröder muss schärfer bestraft werden als die anderen Angeklagten, weil er ausser der Aufholung der Judenfamilien Ries und Hess noch die beiden Ries zusammen mit Winzenberg zum Viehhof in Leer gebracht hat. Am mildesten konnte der Angeklagte Akkermann davonkommen. Er hat den geringsten Tatbeitrag geliefert, während der Tatbeitrag der Angeklagten Diedrich Winzenberg, Veenhuis und Fresemann ungefähr gleich zu werten ist und sie deshalb mit der gleichen Strafe aber höher als Akkermann belegt werden müssen.

Unter Berücksichtigung der Gesamtsituation sowohl der strafschärfenden als auch strafmildernden Gesichtspunkte hat das Schwurgericht zur Bühne des damaligen Geschehens folgende Strafen für die Angeklagten für erforderlich gehalten:

Gegen Annäus Winzenborg 9 -neun- Monate Gefängnis,

gegen Schröder 6 -sechs- Monate Gefängnis,

gegen Friedrich Winzenborg, Veenhuis und Fresemann

je 3 -drei- Monate Gefängnis,

gegen Akkermann 2 -zwei- Monate Gefängnis.

Annäus Winzenborg war vom 6.9.1945 bis zum 13.2.1947 in Internierungshaft der Militärregierung. Bürgermeister kleinerer Gemeinden so wie Bunde und auch Hauptsturmführer der SA sind in Ostfriesland, soweit es das Schwurgericht feststellen konnte, grundsätzlich nicht in Internierungshaft der Militärregierung gekommen. Die Internierungshaft Winzenborgs kann deshalb nicht mit seiner früheren Stellung als Bürgermeister und SA-Führer zusammenhängen. Dem Angeklagten kann deshalb geglaubt werden, wenn er erklärt, auf Grund einer Anzeige, die ihn seine Tätigkeit bei der Aufholung der Juden in Bunde zum Vorwurf macht, in Internierungshaft gekommen zu sein. Damit steht also die Verhängung der Internierungshaft im Zusammenhang mit der hier abgeurteilten Tat und kann als Untersuchungshaft gemäß § 60 StGB auf die erkannte Strafe angerechnet werden. Weil der Angeklagte sich offen zu seiner Tat bekannt hat und der Strafzweck durch die lange Dauer der Internierungshaft auch erreicht scheint, hat es das Schwurgericht für angemessen gehalten, dem Angeklagten die Internierungshaft in vollem Umfange auf die erkannte Strafe anzurechnen.

Eine Anrechnung der Internierungshaft bei dem Angeklagten Schröder kam nicht in Frage, weil seine Internierungshaft nach seinen eigenen Angaben nicht im Zusammenhang stand mit der hier abgeurteilten Tat.

Von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte gegen die Angeklagten hat das Gericht abgesehen, weil die Angeklagten bei ihrer Handlungsweise keine ehrlose Gesinnung an den Tag gelegt haben.

Weil die Angeklagten zu Strafe verurteilt worden sind, müssen sie auch die Kosten des Verfahrens tragen (§ 465 StPO).

gez. Heffer

gez. Best

zugleich für den
durch Versetzung
an der Unterschrift
verhinderten Amts-
gerichtsrat Avenarius



Ausgefertigt:

Best
Justizangestellter,
als Urkundsbesitzer
der Geschäftsstelle.